

## Fall 7: Kauf auf der Computermesse

### Sachverhalt

Die kaufmännische Angestellte Albrecht (A) wird von ihrer Chefin Kordeler (K) auf eine Computermesse geschickt, um sich über die neuesten Entwicklungen im IT-Bereich zu informieren. Am Stand des Vogel (V) entdeckt A „eine Maschine, die ihr Herz höher schlagen lässt“. Nach zähen Preisverhandlungen unterschreibt sie deshalb ein Kaufvertragsformular über den Erwerb des Computers zum Messepreis von 14.300,-- €, wobei sie vor der Unterzeichnung erwähnt, „ganz streng genommen habe sie eigentlich noch keinen Auftrag, bereits etwas zu kaufen. Aber ihre Chefin müsse angesichts des günstigen Preises einfach einverstanden sein.“

Nach Rückkehr „beichtet“ A der K den Kauf. K meint daraufhin: „Man darf Sie einfach nicht allein loslassen. Aber was soll's? Da haben Sie nämlich echt ein Schnäppchen gemacht“. 10 Tage später erhält K einen Brief, in dem der V um „eine förmliche Bestätigung des bereits mit Ihrer sehr verehrten Frau A abgesprochenen Kaufvertrages und um eine Angabe des gewünschten Liefertermins bittet“.

Sie sind bei V in der Abteilung „Kundenbetreuung“ beschäftigt und erhalten den Vorgang nach weiteren drei Wochen zur Bearbeitung vorgelegt. Die Ihnen übergebene, vollständige Akte enthält neben dem auf der Messe ausgefüllten Kaufvertragsformular das an K geschickte Schreiben und das Protokoll eines von einer Kollegin mit A geführten Telefongesprächs, in dem A den Verlauf der Dinge wie oben wiedergegeben geschildert hat. Außerdem hat V Ihnen erzählt, dass er den Computer auf der Messe für 14.900,-- € an einen anderen Kunden, der sich inzwischen leider anderweitig eingedeckt habe, hätte verkaufen können.

**Aufgabe:** Erstellen Sie einen Vermerk, um den Teilnehmern einer in zwei Stunden angesetzten Besprechung einen begründeten Vorschlag zum weiteren Vorgehen machen zu können.

Bei der Lösung sind neben den Regelungen des Vertretungsrechts die §§ 182 ff. BGB zu beachten.

### Vorüberlegung zur Lösung

Hinweis: Der Sachverhalt ist aus Übungsgründen reichlich konstruiert; alle Einzelheiten sind aber für die Lösung genau zu beachten.

Aus der Sicht des V ein Vermerk zur Rechtslage zu erstellen, damit V entscheiden kann, wie er weitergehen soll. V möchte in erster Linie wissen, ob er den Kaufpreis von K verlangen kann. Denn dann hätte er das mit dem Vertrag verfolgte Ziel

erreicht. Sollte der Kaufpreisanspruch gegen K nicht bestehen, kommt möglicherweise ein Schadensersatzanspruch gegen A in Betracht.

Für beide Prüfungen benötigen Sie eine Anspruchsgrundlage.

## Lösung

### 1. Anspruch gegen K aus § 433 II BGB

Voraussetzung: KV zwischen V und K, vertreten durch A

- Angebot von V im Kaufvertragsformular, Parteien (Firma K und V), Leistung (Computer) und Gegenleistung (4,300 €), Rechtsbindungswille unproblematisch
- Annahme durch A gegeben mit der Unterschrift, Problem, ob wirksame Vertretung der K nach § 164 BGB
- eigene WE, ja, da Bestellung.
- im Namen der Frau K (aus Vertrag)
- mit Vertretungsmacht, hier nicht gegeben, da A sich nur informieren sollte
- Vertrag also zunächst schwebend unwirksam

Nach Rückkehr der A:

Genehmigung des Dritten (Frau K) nach § 182 I BGB möglich gegenüber A und V, hier gegenüber A? Im Gespräch gegeben, da Auslegung ergibt, dass V einverstanden ist (§§ 133, 157 BGB: „Aber was soll's? Da haben Sie nämlich echt ein Schnäppchen gemacht“) > Vertrag ist wirksam geworden, auch wenn V keine Kenntnis von der Genehmigung hat

Aber: § 177 II: Falls V die K zur Genehmigung auffordert, wird die vorab erklärte Genehmigung unwirksam > der Vertrag also wieder schwebend unwirksam. Die Genehmigung kann jetzt nur noch innerhalb von zwei Wochen gegenüber erfolgen

- Hat V den K zur Genehmigung aufgefordert? §§ 133, 157 BGB: förmliche Aufforderung zur Genehmigung ist als Aufforderung i. S. d. § 177 II BGB aufzufassen
- Also hat die gegenüber A erklärte Genehmigung keine Wirkung mehr, Vertrag ist wieder schwebend unwirksam
- Nach Ablauf von zwei Wochen gilt die Genehmigung als verweigert

Ergebnis: Vertrag ist nichtig; kein Anspruch des V aus § 433 II gegenüber K

### 2. Anspruch gegenüber A aus § 179 I BGB

- A muss als Vertreter einen Vertrag geschlossen (eigene WE, im fremden Namen) ohne Vertretungsmacht, ist hier der Fall, wie schon geprüft

- der Vertretene muss die Genehmigung des Vertrages verweigern, ist hier der Fall, wie schon geprüft
- danach Anspruch des V auf Erfüllung oder Schadensersatz

Aber: § 179 III BGB: A haftet nicht, wenn V den Mangel der Vertretungsmacht kannte oder kennen musste: Hier Aussage der A: Ganz streng genommen habe sie noch keinen Auftrag: §§ 133, 157 BGB: Hinweis auf die fehlende Vertretungsmacht; V musste erkennen, dass A nicht zur Vertretung berechtigt war; das ist der Fall und ergibt sich auch aus seinem Anschreiben mit der Bitte um die „förmliche Genehmigung“ > A haftet nicht persönlich

Ergebnis: Kein Anspruch gegen A

**Gesamtergebnis:** Es besteht weder ein Anspruch gegen K noch gegen A. Juristisch besteht also keine Möglichkeit, den Kaufvertrag oder gegen durchzusetzen

V sollte deshalb *nicht* juristisch argumentieren, sondern einfach noch einmal bei K anrufen und nach dem Termin für die Lieferung fragen. Wenn K den Vertrag nicht mehr durchführen will (vielleicht zu einem reduzierten Preis), ist V zu raten, die Sache nicht weiter zu verfolgen